

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszelt 9-5 Uhr

Verleger: Dornheims-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vertrauensvotum für Herriot.

79 Stimmen Mehrheit.

Paris, 20. Juni. (W.B.) Die Kammer hat der Regierung mit 313 gegen 234 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die Tagesordnung, die der Regierung Herriots das Vertrauen ausdrückt, hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung im Vertrauen darauf, daß sie die durch das allgemeine Stimmrecht am 11. Mai bestätigte Politik durchführen wird, steht jede weitere Hinzufügung ab und geht zur Tagesordnung über.“
Die Kammer hat sich auf nächsten Donnerstag vertagt.

Bergsichten an den Riesenmehrheiten, über die die einzelnen Regierungen des Nationalen Blocks in der alten Kammer, wenigstens zu Beginn ihrer jeweiligen Amtszeit verfügten, sehen die 79 Stimmen Mehrheit Herriots etwas mager aus. Indessen hat sich diese Majorität zu einem derart fähigen inner- und außenpolitischen Programm bekannt, daß man wohl sagen kann, daß sie einen festen Block darstellt, der nicht so leicht wegen irgendeiner politischen oder parlamentarischen Zwischenfälle abbrechen dürfte. Wenn die Minderheit diesmal noch stärker ist als bei der Kraftprobe um Millerand vor vierzehn Tagen, so liegt es daran, daß die Kommunisten selbstverständlich ihre Stimmen mit denen des Nationalen Blocks gegen die Regierungen des Friedens und des Fortschrittes vereinigt haben. Diese geistig minderbegabte Gesellschaft hätte, wenn es an ihr allein gelegen hätte, im Wahlkampf dem Nationalen Block zu weiterer Herrschaft verholfen, und ihre Taktik, wenn man das so nennen kann, wird auch künftig darin bestehen, durch ihre systematische und blinde Hebe gegen die neue Linksmehrheit die Wiederkehr Millerands und Poincarés herbeizuführen. Es ist genau wie in Deutschland, wo die Südfische Sinowjews am liebsten heute schon einer Regierung Tirpitz-Scholz-Westarp in den Sattel verheßen würden, wenn sie es nur könnten. Während aber die Beauftragten der Dritten Internationale Herriot beschimpfen und bekämpfen, beglückwünschen Tschitscherin und Rakowski im Namen der russischen Sowjetregierung denselben Herriot zu seinem Sieg über die Reaktion.

Aber man täte dem Kommunistenthümpeln in der französischen Kammer zuviel Ehre, wenn man es zu einem wichtigen Faktor in der französischen Politik stampeln wollte. Die Lehre dieser ersten parlamentarischen Kraftprobe der Regierung Herriot ist vielmehr die unerbittliche Feindschaft, mit der sie von der Reaktion bekämpft wird. Die Reden der ehemaligen Mitarbeiter Poincarés Reibel, Bokanowski und Le Troquer haben deutlich gezeigt, daß die Vertreter des alten Kurzes nicht nur das innenpolitische Programm, sondern vor allem die außenpolitischen Absichten Herriots auf das heftigste bekämpfen werden. Das hindert unsere deutschnationalen Presse natürlich nicht daran, wider besseres Wissen tagtäglich zu behaupten, daß der Kurs Frankreichs gegenüber Deutschland der alte geblieben sei, ja, daß er sich sogar verschlimmert habe. Wir wissen aber nur zu genau, daß hierbei der Wunsch lediglich der Vater des Gedankens ist. Die Deutschnationalen sind sich darüber im klaren, daß das Ende des Poincaré-Kurzes ihr eigenes Ende bedeutet. Ihre sehnsüchtigste Hoffnung für die französischen Wahlen war die Wiederkehr der nationalen Blockmehrheit, ihre stärkste Hoffnung ist die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung, ihre größte Angst ist eine Politik der Versöhnung durch die neuen französischen Staatsmänner.

Zu welchen erzehantigen Verirrungen diese landesverräterische Geistesverfassung führen kann, das geht am deutlichsten aus einer fetten Balkenüberschrift hervor, die auf der heutigen Morgenausgabe des „Lokal-Anzeigers“ prangt. Am Schluß der gestrigen Debatte hatte der frühere Kriegsminister Maginot Herriot dazu aufgefordert, die Besetzung des Ruhrgebiets aufrechtzuerhalten. Darauf hatte Herriot erwidert, wenn man das Ruhrgebiet erst räumen würde, wenn der gesamte Plan der Sachverständigen ausgeführt sein wäre, dann müßte die Ruhrbesetzung 37 Jahre dauern. Der Sinn dieser Antwort war klar: Wir werden das Ruhrgebiet räumen, sobald die Voraussetzungen für die Durchführung des Gutachtens, also die Bildung der internationalen Organismen zur Verwaltung der Pfänder gebildet sind — und jedermann weiß, daß dies innerhalb von wenigen Wochen der Fall sein kann, wenn es die Deutschnationalen nicht verhindern. Wenn es dagegen nach der Auffassung von Poincaré und Maginot ginge, dann könnte die Ruhrbesetzung noch 37 Jahre dauern.

Was macht daraus der „Lokal-Anzeiger“? Eine Balkenüberschrift: „Herriot droht mit 37 Jahren Ruhrbesetzung“!!

Wir hatten zunächst die Absicht, diesen Vorfall als eine politische Brunnenergüßung schlimmster Art zu brandmarken, als wir von der Redaktion des „Lokal-Anzeiger“ angerufen und gebeten wurden, aus dieser Ueberschrift keine politischen Schlusfolgerungen zu ziehen. Es seien am gestrigen Abend Betriebsämlichkeiten und Telefonstörungen entstanden die zu dieser Ueber-

schrift geführt hätten. Der „Lokal-Anzeiger“ werde in seiner heutigen Abendausgabe dazu noch Stellung nehmen und die Ueberschrift in einer besonderen Erklärung berichtigen.

Wir erwarten diese Erklärung des „Lokal-Anzeigers“.

Die Nachsitzung der Kammer.

Paris, 20. Juni. (W.B.) Die Nachsitzung der Kammer begann nach 10 Uhr. Die Debatte über die allgemeine Politik der Regierung wurde fortgesetzt. Es kam zu einer fast dramatischen Auseinandersetzung über die Politik der Regierung gegenüber Elsaß-Lothringen. Der der Rechten angehörende Abgeordnete Soulier interpellierte Herriot, indem er den Standpunkt vertrat, daß eine vollkommene Gleichstellung nicht möglich sei. Dagegen erhob der neu gewählte sozialistische Abgeordnete Weil Widerspruch. Er erklärte, die Mehrheit der Elsaßer und Lothringer habe sich für die Beendigung des Ausnahmezustandes ausgesprochen. In der Mitte hörte man protestieren: „Nein, nein, nein!“ Schließlich gab im Namen von 21 lothringischen Abgeordneten Abgeordneter Schumann eine Erklärung ab. Er bemerkte, es entspräche demokratischen Grundsätzen, wenn zuerst die Vertreter von Elsaß-Lothringen gehört würden. Von 24 Abgeordneten hätten ihn 21 beauftragt, gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten zu sprechen. Abg. Weil könne also für die drei übrigen Abgeordneten nicht die Mehrheit der Wähler in Anspruch nehmen. Ministerpräsident Herriot erklärte, die Regierung habe das Recht, sich über die Worte des Abgeordneten Schumann zu wundern. Es könne kein Konkordat in Elsaß-Lothringen geben, da das Konkordat in Frankreich abgeschafft sei. Der Abg. Francois rief: „Das verstehen Sie nicht!“ Schumann bemerkte, das Konkordat bestehe tatsächlich in drei Departements weiter. Der Abg. Fabry fügte hinzu: „Es ist nicht möglich, daß die Regierung und die Kammer noch vier Jahre nach dem Kriege nicht Rücksicht auf die soeben gehörten Worte nehmen.“

Die Debatte wurde darauf geschlossen, und es kommt bei der Erläuterung der Abstimmung zu ungeheuren Tumulten, die schließlich in eine Schlägerei ausarten. Im Namen der kommunistischen Gruppen verliest der Abg. Garçon, der mit dem Ruf „Es lebe die russische Revolution!“ empfangen wird, eine Erklärung. Als er die Tribüne heruntersteigt, wird er heftig von den Sozialisten angegriffen. Die sozialistischen Abgeordneten Baron und Clausat greifen den Abgeordneten mit Faustschlägen an. Weitere Kommunisten und Sozialisten beteiligen sich an dieser Schlägerei. Als der Abg. Martin seinen Beiräumen läßt, schießt auf eine Bank stellt und mit dem Riemen in der Luft herumhüchelt, bleibt dem Präsidenten nicht anderes übrig, als die Sitzung aufzuheben und die Tribünen räumen zu lassen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der der Radikalen Linken (Partei Boucheur) angehörige Abg. Marchais, seine Fraktion mache Vorbehalte hinsichtlich des Programms der Regierung, namentlich in der Frage der Aufhebung der Besetzung beim Weislan, spreche ihr jedoch das Vertrauen aus. Darauf wird zur Abstimmung geschritten, die das bereits gemeldete Ergebnis hatte.

Deutschland, England und Amerika.

Eine Debatte im Unterhand.

London, 20. Juni. (W.B.) In der Unterhausdebatte über den Etat des Handelsamts erklärte Lloyd George, der ganze Erfolg des Dames-Berichts hänge davon ab, inwieweit die Durchführung des Gutachtens den deutschen Kredit wiederherstelle. Wenn einmal die deutsche Währung stabilisiert sei, dann werde auch der Kredit Deutschlands wiederhergestellt sein. Der Redner unterstrich die Tatsache, daß die 73 Millionen Pfund, die Deutschland als Reparationsleistungen im vergangenen Jahre bezahlt habe, auf Grund des Dames-Berichts auf 50 Millionen herabgesetzt werden sollen, wozu 40 Millionen vom Ausland vorgeschossen werden sollen. Wenn Amerika seine großen Goldquellen der Wiederherstellung Deutschlands zur Verfügung stellen würde, so würde es ausreichend Sicherheit und auch das notwendige Entgegenkommen in einem Lande finden, wo es bisher üblich gewesen sei, viel höhere Zinsen zu zahlen, als dies in England oder Amerika der Fall sei, und die Deutschen würden unendlich viel besser daran sein als gegenwärtig, wo in Deutschland 35 bis 40 Proz. Zinsen jährlich bezahlt würden. Deutschland habe eine Zeit großer Leiden und niedriger Löhne durchgemacht und sei der Hungersnot nahe gewesen, aber es habe seine Industrie wieder aufgebaut.

Lloyd George, der früherer Präsident des Handelsamts, betonte, es sei von vitalem Interesse für Großbritannien, daß die britischen Industriellen im voraus völlige Kenntnis von jedem zwischen französischen und deutschen Industriellen ins Auge gefassten Abkommen besäßen.

In seiner Erwiderung erklärte der Präsident des Handelsamts Webb, die Regierung habe beschlossen, eine umfassende Untersuchung über die Lage des britischen Handels mit besonderer Berücksichtigung des Ausfuhrhandels vorzunehmen. Er sei der Ansicht, daß Großbritannien leiden müsse, wenn es Deutschland und den anderen Ländern schenke, und daß der Wohlstand Großbritanniens an den Wohlstand der anderen Länder gebunden sei. Er hege deshalb keine Sorge, wenn Deutschland reich würde, indem es seinen Handel ausdehne. Wenn der Dames-Bericht ausgeführt würde, so würde dies von großer Bedeutung für die britische Industrie sein. Er sei mit Lloyd George der gleichen Ansicht, daß es durchaus notwendig sei, daß Großbritannien wisse, was die französischen und die deutschen Industriellen tun. Er werde in diesem Sinne Vorstellungen beim Auswärtigen Amt erheben und er habe allen Grund anzunehmen, daß das, was möglich sei, getan werde. Webb erklärte weiter, es sei bisher kein Abkommen zwischen der Farbstoffgesellschaft und dem deutschen Farbstoffsyndikat abgeschlossen worden.

Bürgerkriegspsychose.

Das Ziel der kommunistischen Taktik.

Auf dem in Moskau jetzt eröffneten 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wird die „deutsche Frage“ im Mittelpunkt der Debatten stehen. In der theoretischen Zeitschrift der Kommunisten, der „Internationale“, wird die deutsche Revolution als die Aufgabe der nächsten Zeit bezeichnet. Sie ist für den russischen Sowjetismus die letzte Karte, auf die die Bolschewiki wie verzweifelte Spieler alles setzen. Die deutsche Revolution oder das, was sie so nennen, muß unter allen Umständen herbeigeführt werden. Die scharfe Linkswendung der Kommunistischen Internationale unter Sinowjews Führung ist nur ein Hilfsmittel, das der beschleunigten Erreichung dieses so sehnlichst erstrebten Zieles dienen soll.

Die deutsche Linke der KPD. wird dabei von den russischen Bolschewiken nur betrogen, und die Einseitiger sitzen ihr so gut im Raden, wie sie in der langen Entwicklung der deutschen KPD. bisher jeder Zentrale im Raden gefesselt haben, wie sie über Paul Levi, Heinrich Brandler und andere hinweg immer wieder durch Druck zu erreichen suchten, was die natürliche Entwicklung nicht zu geben schien, oder was nach russischer Auffassung „das verfluchte sozialdemokratische Erbe“ der deutschen Arbeitermassen, auch der kommunistischen, zu verhindern schien. Immer wieder kehrt in den Auseinandersetzungen der bolschewistischen Lehrmeister refrainartig die Doktrin wieder, daß die objektiven Verhältnisse in Deutschland für die Revolution reif seien, daß es aber an der subjektiven Reife fehle. Unter dieser subjektiven Reife verstehen die Bolschewiken die Bürgerkriegspsychose, ohne die der allgemeine Ausbruch, auf den sie hoffen, nicht erfolgen kann. Bezeichnend für diese russischen Gedankengänge, die den deutschen Kommunisten immer wieder eingepfropft werden, ist eine Abhandlung „Zur Taktik der Partei“, die kürzlich bei dem brauen und so gar nicht bürgerkriegsmäßig eingestellten Walter Stoecker beschlagnahmt wurde. Wir haben selten eine so kaffisch-ungeschminkte Darlegung der spezifisch russischen Auffassung von den Kampfmethoden der KPD. gesehen wie diese Abhandlung. Dort heißt es:

„Die subjektive Reife mißt sich an dem Willen der Arbeiterklasse zur bewaffneten Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie. Den Deuten, die den bewaffneten Kampf als einen Teil des politischen Kampfes betrachten und ihn und seine Vorbereitungen für besondere Momente aufsparen, muß gesagt werden, daß der bewaffnete Kampf einzig und allein der politische Kampf des Proletariats ist und daß das, was man Propaganda der KPD. nennt, nur ein Mittel zur Auslösung dieses Kampfes sein muß. Es ist die konkrete Aufgabe der Partei, die subjektive Reife des Proletariats zu schaffen, d. h. die Mehrheit der Arbeiterklasse für den bewaffneten Zustand gewinnen.“

Selbst der Linken wird Opportunismus vorgeworfen, weil sie neue Kämpfe nur von einer neuen revolutionären Welle, von Streiks und dergleichen erwartet. Es folgt dann ein bezeichnendes Eingeständnis für den Wahnsinn der kommunistischen Streiktaktik:

„Der Streik als bloße Arbeitsverweigerung ist heute keine Waffe (für die Revolution) mehr. Im Proletariat zeigt sich im Gegenteil eine offenkundige Streitmüdigkeit, weil das Proletariat erfahrungsgemäß erkannt hat, was führende Kommunisten noch nicht erkannt hatten, nämlich, daß Arbeitsverweigerung beim Bestehen einer riesigen industriellen Reservearmee und in einer schweren Absatzkrise keine Waffe des Proletariats mehr ist.“

Aus dieser Kritik des kommunistischen Streikblödsinns zieht der russische Einseitiger allerdings einen eigenartigen Schluß. Er deduziert:

„Das Rechnen mit revolutionären Wellen, die von Gott oder dem Teufel gesandt werden, ist politische Metaphysik. Dieser muß entgegengehalten werden, daß die revolutionäre Entwicklung gemacht wird von der KPD., daß sie bei der vorhandenen objektiven Reife davon abhängt, ob es der KPD. in Kürze oder bald gelingt, einige Millionen Proletarier zur bewaffneten Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie zu bringen. That is the question.“

Alles, was die Kommunisten auf diesem Gebiet bisher geleistet haben, wird als putschistisch bezeichnet, weil die KPD. viel zu sehr sich darauf beschränkt habe, diese Kämpfe allein zu führen. Es komme darauf an, eine wirklich aktive revolutionäre Ideologie im Proletariat herauszubilden:

„Die Bourgeoisie aller Länder habe den Krieg nicht dadurch geführt, daß sie die Soldaten wie Lammern ausshoben, sondern sie schufen vor allem eine Ideologie des Krieges, die sogenannte Kriegspsychose. Will die kommunistische Partei in Deutschland den Sieg erringen, dann muß sie in den proletarischen Massen eine wirkliche Bürgerkriegsideologie, eine Bürgerkriegspsychose schaffen. Sie muß den bewaffneten Zustand in all ihren Publikationen, soweit sie illegal erscheinen, in populärer Weise behandeln, sie muß Rezepte zur Anfertigung von Handgranaten und dergleichen den Massen übermitteln; im Vordergrund ihrer Tätigkeit muß die Aufrollung des bewaffneten Zustandes vor den breiten Massen des Proletariats stehen. Das ist bisher nicht geschehen. Es wurde rein theoretisch abstrakt von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats gesprochen, ohne den Massen zu sagen, wie sie verwirklicht wird.“

Daß dieses Ideal der Vertierung der Menschheit das Ideal des Proletariats sein soll, ist eine solche Schändung der großen geschichtlichen Aufwärtsbewegung der proletarischen Massen, daß es nicht notwendig ist, sich damit auseinander-

zusehen. Im vorigen Herbst gab Sinowjew den sächsischen Kommunisten vom Krenl aus telegraphische Anweisung, „General Müller ignorieren.“ Der Effekt war leider der, daß General Müller die Kommunisten ignorierte. Anders wird es auch bei dieser „Popularisierung des bewaffneten Aufstandes“ nicht werden. Das Geschrei der Kommunisten wird höchstens beim Bürgertum die Bürgerkriegspsychose stärken und die Arbeiterbewegung auch in Deutschland den italienischen und ungarischen Gefahren aussetzen. Trotzdem kann man nur dankbar sein, wenn die Kommunisten so offen von ihren Zielen sprechen. Von dem „verfluchten Erbe der Sozialdemokratie“ ist in diesen Gedankengängen wirklich nichts mehr zu spüren. Radek, der gegen diese Entwicklung der kommunistischen Internationale protestierte, kannte wirklich die deutschen Arbeiter besser und wußte, daß sie für diesen bakuninistisch-anarchistischen Spuk nicht zu haben sind.

Die Mordhege als Ausweg.

Schamloses Ablenkungsmanöver der Deutschnationalen.

Die Rationalisten in Deutschland und Frankreich arbeiten fieberhaft, um das friedliche Nebeneinanderleben beider Nationen zu verhindern. Sie kämpfen und hegen gegen die Regierungen, die an einer Verständigung arbeiten wollen. Sie setzen sie unter den Druck einer unbegründeten, dafür aber um so wilderen nationalpolitischen Hege.

Die deutschen Rationalisten wiederholen die Methoden, die sie im Kampfe gegen die Politik der Verständigung unter der Führung Helfferichs angewandt haben. Da die Tatsachen der Politik und der Wirtschaft zu laut gegen sie sprechen, als daß sie auf tatsächliche Argumente ihre Agitationen begründen könnten, suchen sie durch eine schamlose — übrigens kriminelle — Hege von den entscheidenden politischen Fragen abzulenken.

Den Anlaß dazu gibt ihnen die Anwesenheit des Genossen Breitscheid in Paris. Die völkische Presse hat die infame Verleumdung verbreitet, Breitscheid habe Herriot die Ernennung Kollerts zum Kriegsminister empfohlen. Der „Tag“ log, Breitscheid wolle in Paris (!) Stimmung für eine deutsche Linkscoalition machen. Der „Kosmos“ fordert vom Auswärtigen Amt, daß es die Anwesenheit von Breitscheid in Paris als der deutschen Regierung unerwünscht bezeichne, und die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Durch Vorklaren mit dem französischen Gegner, dem außenpolitischen Feinde, will also die deutsche Sozialdemokratie ihre innerpolitischen Machtziele erreichen, ihr Parteiführer kochen und auf dem Wege der „Großen Koalition“, die so häufig Schiffbruch erlitten hat, wieder in die Regierung kommen. Fürwahr ein sauberer Plan, den rechtzeitig zu verhindern, kein Mittel unverfugt bleiben darf.“

Darüber setzt die „Kreuzzeitung“ als Ueberschrift: „Handlanger des Feindes“. Das in den Organen, die die Partei von Millerand und Poincaré gegen Herriot genommen haben, denen Poincaré lieber ist als Herriot! Die Absicht ist, aufs neue jene Mordpsychose zu erzeugen, die blind ist gegen alle politischen Tatsachen und Notwendigkeiten. Hinter der Mordhege soll die sachliche Fragestellung verschwinden. Die Blätter dieses Schlages fürchten die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, weil sie die Demokratie und den Frieden hassen!

Sie sollen nicht glauben, daß die Politik der Verständigung sich durch Mordhege unter Druck setzen läßt! Im Interesse Deutschlands und seiner Befreiung wird sie fortgesetzt. Mit dem Gesindel, das ihn verleumdet, um die Demokratie zu treffen, wird Genosse Breitscheid abrechnen!

Tiefstand nationaler Moral.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist von der Aufdeckung ihres Zahlenschwindels durch Dr. Kuczynski getroffen. Sie vermag die Feststellung, daß sie die Deffentlichkeit gründlich irreführt hat, nicht zu entkräften. Still-

schweigend gibt sie zu, daß die Vorwürfe Kuczynskis berechtigt sind. Die Verlegenheit verbirgt sie hinter einem vehementen Schimpfangriff gegen den „Vorwärts“. Sie schreibt:

„Diese Leute, die den Krieg verwünschen, und erst aufatmen, wenn sie geknechtet sind, die ihr Volk aus Pazifismus in die Niederlage locken, die die Gewalt umschmeicheln, solange sie vom Ausland kommt, verbergen unter der Ueberschrift „Rehr Ehrlichkeit“, wie sie heute im „Vorwärts“ prangt, ein solches Maß von Torheit, daß die Frage entsteht, wie sich ein Volk davor schützen kann. Die Hochverratsgesetze reichen leider nicht. Wir brauchen ein Gesetz gegen die leichtfertige Verletzung vaterländischer Interessen.“

Leichtfertige Verletzung vaterländischer Interessen? Wenn es für ein solches Delikt einen Tatbestand gibt, so liegt er vor, wenn die „D.A.Z.“ im Ausland den Glauben erweckt, daß jeder Schwindel, den sie veröffentlicht, durch Strafgesetz vor Aufdeckung geschützt ist. Diese Art der Verteidigung der „D.A.Z.“ ist aber mehr als eine politische Dummheit ersten Ranges. Ist es nationale Moral, auf Lüge nationale Politik aufzubauen zu wollen und die Wahrhaftigkeit zu verfolgen?

Brüder im Lügen.

Schwarz-weiß, „Rote Fahne“ und Telegraphen-Union.

Die Telegraphen-Union hat dem englischen Eisenbahnfachverständigen Acworth unterstellt, daß er einen erheblichen Personalabbau des Eisenbahnerpersonals für nötig halte. Auf ein erstes Dementi beharrte die TU. auf ihren Angaben. Nun hat Wolff-Bureau mitgeteilt, daß für die Sachverständigen die Frage weiteren Personalabbaues nicht in Betracht komme.

Nun nimmt die „Rote Fahne“ die Tendenzlüge wieder auf.

„Lügen-WTB.“ dementiert diese Nachricht. Wir kennen die amtlichen Dementis. Die Geschichte von den Bomben auf Nürnberg, mit denen WTB. die Kriegshege zu steigern versuchte, die sie nie dementiert, bleibt unvergessen. Als die „Rote Fahne“ noch vor Bekanntwerden der Abbau-Berordnung dem deutschen Proletariat, den deutschen Beamten mitteilte, daß geplant werde, 25 Proz. der Beamten zu entlassen, hat WTB. prompt dementiert. Heute sind bereits 25 Prozent der deutschen Beamten und Arbeiter im Staatsdienst auf die Straße geworfen worden. So geht es der Hälfte der deutschen Eisenbahner. Das Sachverständigen-gutachten enthält genügend Hinweise auf diese Entlassungen. Das Organisationskomitee in Paris hat es bereits beschlossen. Herr Acworth bestätigt das.“

Trotz der eigenen Erklärung der Sachverständigen, die dem Reichsverkehrsministerium gegeben wurde! TU ist ein schwerindustrielles Organ. Er treibt tendenziöse Hege gegen die Durchführung der Gutachten. Es will das Eisenbahngesetz zu Fall bringen, um an die Stelle einer Regierung der Verständigung eine Rechtsregierung zu setzen. Es kämpft gegen die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Die (Schwarz-Weiß)-Rote Fahne sekundiert der TU. Sie benutzt seine Tendenzlüge. Sie kämpft gegen das Gutachten, um die Verständigung zwischen den Nationen zu stören. Sie will lieber die Herrschaft der Reaktion in Deutschland, als die Demokratie. Arm in Arm mit dem Stinneschen Telegraphen-Bureau arbeitet das kommunistische Zentralorgan für die deutsche Reaktion!

Die Verleumder an der Arbeit.

Reichsverband gegen Industriellenvereinigung.

In der bekannten Versammlung der völkischen Industriellenvereinigung vom 19. Mai hatte einer ihrer Gründer, Karl von Bruhl, leitende Persönlichkeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie des materiellen Interesses an der Durchführung des Sachverständigen-gutachtens verdächtigt. Das Mitglied des Reichsverbandes v. Borjig verließ darauf zum Zeichen des Protestes den Saal. In einem Schreiben vom selben Tage präziserte Bruhl seine Äußerungen darauf, daß er lediglich gelogt habe, man dürfe-

denjenigen Kreise, die ein materielles Interesse an der Fortführung der bisherigen Erfüllungspolitik hätten, nicht allzuweit von der Reichsregierung bzw. der Leitung des Reichsverbandes suchen. Die Vorsitzenden des Reichsverbandes wiesen diese „Richtigstellung“ in einem Einschreiben vom 31. Mai mit der Begründung zurück, daß sie eine verschärfte Bestätigung der ersten Behauptung sei. Sie forderten Bruch auf, für seine Äußerungen, die gerichtlich nicht zu belangen seien, Tatsachen anzuführen, wenn man die Erklärungen nicht als unmoralisch und als Verleumdungen bösester Art bezeichnen solle. Bruch hat bis auf den heutigen Tag nicht geantwortet. Der Reichsverband der deutschen Industrie übergibt deshalb den Briefwechsel der Deffentlichkeit, offensichtlich, um anzudeuten, daß die moralische Kennzeichnung Bruchs damit gegenständlich geworden ist.

Das trifft auch die völkisch-deutschnationale Industriellenvereinigung, die es verabsäumt hat, gegen das derart bloßgestellte Vorstandsmitglied einzuschreiten. Die Sache ist weiter nicht verwunderlich. Man kennt die Kampfweise der Deutschnationalen und Völkischen aus den Tagen Erzbergers, Rathenau und Bircks zur Genüge. Vor allem die Sozialdemokratie könnte ein Lied von der — um mit der volksparteilichen „Zeit“ zu sprechen — Art dieser Leute singen. Verwunderlich ist es vielmehr, daß der Reichsverband der deutschen Industrie plötzlich so aus dem Gleichgewicht wegen dieser „Art“ gerät. Davon war bisher selbst bei schwerwiegenden Anlässen wenig zu spüren. Im Gegenteil — es ist noch nicht lange her, daß der Verband und seine politischen Freunde sich nicht genug daran tun konnten, um die Gunst der Bestimmungsgenossen dieser plötzlich so disqualifizierten Vereinigung zu erwerben. Man darf mit einiger Spannung darauf warten, ob diese moralische Einstellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine prinzipielle oder eine taktische ist.

Gumbel, der Landesverräter.

Und Oesterreich das feindliche Ausland.

Wir lesen in der — auch sonst sehr interessanten Zeitschrift „Oesterreich-Deutschland“:

„Nachrichten zufolge ist gegen den Schriftsteller Dr. Gumbel ein Verfahren wegen Landesverrats eröffnet worden, und zwar deshalb, weil aus einer von Gumbel veröffentlichten Broschüre über die Geheimorganisationen ein die Organisation Kothbach betreffender Abschnitt von einem österreichischen — also „ausländischen“ — Blatte nachgedruckt worden sei. — Wie weit die Deutsche Republik es zuläßt, daß mit ihren Machtmitteln ihre eigenen Freunde vernichtet werden, ist ja schließlich ihre Sache und Sache der Parteien, die es angeht. Aber daß von reichsdeutschen Staatsorganen in Punkte Landesverrat Deutschösterreich als feindliches Ausland angesehen wird, das entspricht einer merkwürdigen, tiefbeschämenden nationalen Eigenart!“

Glaue Börse.

Die Rede des Vizepräsidenten der Reichsbank, v. Glasenapp, auf der Nürnberger Tagung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses zeigt noch einmal den ganzen Ernst der Lage. Man stellt heute an der Börse mit Befriedigung fest, daß die Reichsbank sich durchaus in der Lage fühlt, die Währung zu halten. Aber man vermischt schmerzlich eine sofort greifbare Hilfe, um der dringenden Geldnot zu steuern, denn die vielbesprochenen Auslandskredite können erst nach der Regelung der Reparationsfrage zu fließen beginnen. Bis dahin wird noch eine sehr schwere Zeit zu überwinden sein. Man verweist heute auch darauf, daß das Ausland auf Grund der kritischen Lage sich in der letzten Woche vollständig von den deutschen Effektenmärkten zurückgehalten hat. Die Börse behielt deshalb die lustlose Stimmung der Vortage bei und eröffnete heute lediglich behauptet. Lediglich in Kriegsanleihe war das Geschäft wieder lebhafter, die Prozentige schloß mit 136 ein und wurde nach einem Höchstkurse von 150 um 12 Uhr bis 145 gehandelt. Die verhältnismäßig starken Schwankungen bekräftigen die herösen Kreise in der Ansicht, daß es sich um rein spekulative Manöver handelt, da von einer Aufwertung nicht die Rede sein kann und auf jeden Fall diese Frage lange Zeit noch ungeklärt bleiben wird. Am Devisenmarkt waren die Verhältnisse im großen und ganzen die gleichen geblieben.

Schwerindustrielle Literatur

oder
Stinnes und Schiller.

Von E. H. a.

Der Kapitalismus kann auch erst sein. Er produziert nicht nur den „Junggesellen“ und Rumpel und die „Elegante Welt“ und den Strich. Wenn er pathetisch wird, entsteht „Das Werk“, Monatsblätter der Siemens-Rheinische-Schudert-Union, in Düsseldorf herausgegeben. Es ist eine „gediegene“ Zeitschrift mit sauberem Druck auf glattem Papier, mit allen Kennzeichen des „Aufbauwillens“, der sich bekanntlich in der Propagierung des Bierundzwanzigstundentages kundgibt. Was den äußeren Aufbau betrifft, so könnte das „Werk“ mit dem „Junggesellen“ konkurrieren. Beide Zeitschriften bilden gewissermaßen die Richtungen, in die beide Hälften des kapitalistischen Januskopfes blicken. Der ein sieht in jene Gegend, in der Alkohol und Erotik sich mischen. Die andere in das Gebiet eigenen Mehrverdienstes und fremder Mehrleistung. Die eine Gegend repräsentiert Wampe. Die andere Stinnes. Es sind zwei Pole einer Weltanschauung.

„Das Werk“ kommt aus der Stinnesrichtung und bringt eine Grabrede auf den Unvergesslichen, den seine Freunde nicht vergessen wollen und wir nicht vergessen können. In dieser Grabrede ereignet es sich, daß ihr Urheber ein Geständnis ablegt, obwohl er nur rühmen wollte, so daß er statt eines Lobes eine Beichte ablegt. „Kur ohnend“ — so schreibt er — „können wir Menschen des Mittelmäßes dem Bedenstauf solcher Männer folgen.“ Während also dieser „Mensch des Mittelmäßes“ den Lebenslauf des Stinnes nur ahnen kann, ist er merkwürdigerweise genau orientiert über die „Einstellung unseres Volkes zu den Lebenserscheinungen“. Diejenigen, die den Kapitalismus bekämpfen, gehen — wie der mittel-mäßige Verfassler meint — von „einer rohen materialistischen Welt-auffassung“ aus. Das sind also wir. Und wir haben doch immer geglaubt, das Verdienen wäre eine materialistische Angelegenheit! Die „bürgerliche Geistesgeschichte“ gibt uns in der Erkenntnis, daß „das höchste Glück der Erdentinder die Verlässlichkeit“ sei. Und gerade diese könnten wir nicht verstehen!

Was aber hat Stinnes mit der bürgerlichen Geistesgeschichte zu tun? Es sei denn die Familienverwandtschaft mit der Dichterin Daisy Stinnes, die ein Drama geschrieben hat, die geschäftlich mit Paul Vensch, dem Verfasser bürgerlicher Beitartitel, und das Räte-natentium gegenüber Jidler, der an einem pathologischen Ueberfluß an auswechselbaren Weltanschauungen leidet und aus Furcht, unter die Räder zu kommen, unter den Strich der Allgemeinen gelangt? Dagegen kann ich den Satz nur bestätigen, der da lautet: „Das Kapital, das Hugo Stinnes in die Hand gegeben wurde, wurde pro-

duktio, und die Summe dieser Kapitalien war ungeheuer groß“. Man braucht kein „Mensch des Mittelmäßes“ zu sein, um das zu wissen. Und dennoch sagte Stinnes am 9. November 1922 im Reichswirtschaftsrat: „Das Reich ist ein Unternehmen, das nicht rentiert“. Trotz der Kapitalien, die er in seiner Hand hatte. Immerhin war Stinnes aufrichtig genug; den er sagte nicht das Reich ist ein Unternehmen, das für mich nicht rentiert. Er sagte nur allgemein: es rentiert nicht. Es rentiert wirklich nicht. Für uns nicht. So wenig, daß wir nicht dazu kommen, „das höchste Glück der Erdentinder“ zu verstehen.

Die Rede des Generaldirektors Dr. Böglert auf der Berliner Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie enthält das Bekenntnis: „Uns ist die Arbeit wirklich kein Mittel zum leichten Lebensgenuß“. Die Betonung liegt auf „Uns“. Dem Herrn Generaldirektor ist die Arbeit kein Mittel zum leichten Lebensgenuß. Sollte sie vielleicht seinen Arbeitnehmern ein Mittel sein, das Leben leicht zu machen? Und repräsentiert der Reichsverband der Deutschen Industrie die „bürgerliche Geistesgeschichte“, die wir nicht verstehen?

Den Höhepunkt bildet der Beitrag — Friedrich Schillers. Der Dichter der „Räuber“ — mit diesem Titel ist leider nicht die Groß-industrie gemeint — hat „Hugo Stinnes zum Gedächtnis“ einen Vers geschrieben. Es war natürlich lange vor Stinnes geschrieben, in der prophetischen Erkenntnis, daß ein Stinnes leben und sterben wird. Wenn es aber in diesen Versen heißt: „sein Leben liegt kaltlos und leuchtend ausgebreitet, kein dunkler Flecken blieb darin zurück“ — so muß ich den großen Schiller unter Wahrung des nötigen Respekts dementieren. Er liebte es, zu idealisieren. Weniger direkt und mehr diplomatisch drückt sich Goethe zum Tode Stinnes' aus: „Das ist der Vorzug edler Naturen“, sagt er, „daß ihr Hinscheiden in höhern Regionen segnend wirkt, wie ihr Vorweilen auf der Erde“. Der Dichter spricht von edlen Naturen im allgemeinen, nicht von Stinnes im besonderen. Daß die Redaktion des „Werks“ aber ihre Kenntnis der „bürgerlichen Geistes-kultur“ so mißbraucht hat, entbehrt uns eigentlich der Ver-pflichtung, den Nachweis dafür zu erbringen, daß wir vor der Geisteskultur einen größeren Respekt haben, obwohl auch uns die Arbeit kein „Mittel zum leichten Lebensgenuß“ ist. Infolgedessen haben wir auch die segnende Wirkung des Lebenden und des toten Stinnes beim besten Willen niemals zu fühlen bekommen.

Oder kommt das daher, weil wir das Niveau der „Menschen des Mittelmäßes“ nicht so schnell erreichen, wie die Redaktion des „Werks“?

Südwestliche Heimatkunst.

Das Wirken unserer Volksbühne scheint den Ansprüchen der wahrhaft Kunstbesessenen nicht zu genügen. Es konstituierte sich die „Volksbühne des Südwestens“, die ihrerseits Mitglieder

sammelte und in Restaurationsfäsen, Schulen und dgl. in eigenen Vorstellungen Kunst verzapfte. Grundlag: Getrennt marschieren, vereint schlagen. Der erste Teil dieses Grundgesetzes ist bereits erfüllt. Die Vereinigung besteht schon fünf Jahre. Ueber die Art der Vorbereitungen läßt eine Bestimmung der südwestlichen Volksbühne auf, die besagt: „Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Aufbehalten von Hüten und Rauchen unstatthaft ist und im Interesse der Heiligkeit der gebotenen Kunst nicht geduldet wird.“ Aufgeführt wurden zuletzt „Die jamaikanische Puppe“ von Lothar und Bodwin, „Singvögeln“ und „Das Versprechen hinterm Herd“, eine Blütenlese ehrwürdiger Werke der Weltliteratur, die den Grad der Heiligkeit der gebotenen Kunst ohne weiteres erkennen lassen. Das künstlerische Personal besteht nach den Aufzeichnungen des Vereins aus Mitgliedern erster Berliner Bühnen (an denen ich sie bisher allerdings nicht habe bewundern können). Den größten Teil der Künstler scheint das Theater des Westens der Volksbühne des Südwestens abgetreten zu haben, das ja als Opernbühne ohnehin für erstklassige Schauspieler nur wenig Verwendung hat.

Gestern fand in Friedmann die Uraufführung einer Komödie „Reisefest“ von Hans Alfred Kohn statt. Es war immerhin erstaunlich, daß es gelungen war, trotz der sommerlichen Schwüle 200—300 Personen in den Schulsaal zu locken, die willens waren, sich durch dies neueste Erzeugnis der heiligen Kunst erheben zu lassen. Ein eigentümlich zusammengewürfeltes Publikum in etwa folgender Verteilung: 1/10 Männer, 1/10 Jugendliche, 1/10 begeisterungsfähige Frauen. Mit lebhafter Anteilnahme und bewundernswürdiger Geduld folgten sie den Vorgängen auf der Bühne, auf der sich im gemächlichen Tempo die eine volle Viertelstunde lang tatsächlich penemündliche Handlung abwickelte. Ein Ehepaar bezieht jahrelang eine Rente für einen alten Großpapa, der aber schon seit vier Jahren tot ist. Als der glütige Rentengeber sich persönlich von dem Wohlergehen des alten Mannes überzeugen will, borgen sich die verarmten Leuten einen anderen Greis aus. Daraus entstehen allerlei Verwicklungen, die volle vier Akte durchhalten. Die kunstbunzarige Gemeinde erlachte nicht, besonders da das Stück reichlich mit jahtigen Zweideutigkeiten gespickt ist.

Es überkommt mich Rührung, wenn ich sehe, daß es Männer gibt, die heute noch die Ideale von ehemals hochhalten. „Reisefest“, die im 20. Jahrhundert geschriebene Komödie, erinnert an die tot-gegläubten Berliner Volksstücke, wie „Knebel“ und seine Räder vom Ballast“ oder „Wenn Leute Geld haben“, in dem das sinnige Lied vorkommt: „Ach beim Schuster Pluster ist so ferre dufter“. Beispiel wurde übrigens besser, als von vornherein zu befürchten war.

Ernst Degner.

Das kommunistische Jahr. Die russischen Sowjets haben die Einführung eines neuen Kalenders beschlossen, für den das Zentralinstitut für Arbeit in Moskau bereits feste Vorschläge gemacht hat. Danach soll das „Revolutions-jahr“ 360 Tage umfassen und in 12 Monate eingeteilt sein, deren jeder aus 6 Wochen zu 5 Tagen besteht. Die Sonntage sollen nur 5 Tage zählen, von denen 4 der Arbeit dienen und einer der Ruhe genötigt ist. Es wird deshalb im Monat sechs Ruhetage geben; dafür soll aber der Arbeitstag auf neun Stunden ausgedehnt werden.

Herriot an England.

London, 20. Juni. (W.B.) Die Presse befaßt sich eingehend mit der bevorstehenden Zusammenkunft in Chequers. „Daily Express“ veröffentlicht eine Botschaft Herriots an die britische Öffentlichkeit, in der es heißt, er begehre sich nach England in der Absicht, die Entente Cordiale zu stärken. Er wünsche, seine Sympathie nicht nur für die britische Regierung, sondern auch für das britische Volk zu beweisen, dessen warmer Freund er stets gewesen sei. Er sei einer der ersten Befürworter der Entente Cordiale gewesen und auch heute noch einer ihrer aufrichtigsten Anhänger.

London, 20. Juni. (W.B.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel, in der Betonung, die Herriot auf den Völkerverbund als möglichen Faktor bei der Regelung der größeren europäischen Probleme lege, werde er sich zweifellos in enger Sinnesgemeinschaft mit MacDonald befinden. Herriot habe endgültig die neue Richtung seiner Politik bestätigt, als er für die große Mehrheit der Deutschen, die wegen ihrer lokalen Haltung bei der Politik des passiven Widerstandes gefangen gesetzt oder aus dem Ruhrgebiet und aus dem Rheinland ausgewiesen wurden, die Freiheit versprochen habe. Je früher diese Herriots durchgeführt werde, um so besser sei es. Nichts würde besser dazu angetan sein, die Stärke der deutschen nationalistischen Opposition gegen eine vernünftige Regelung zu vermindern als die sofortige Rückkehr dieser unglücklichen Opfer eines akuten internationalen Konflikts in ihre Heimstätten und zu ihrer gewohnten Arbeit. Die gefürchtetste Politik gegenüber Deutschland im gegenwärtigen Zeitpunkt sei, die Stärkung der vernünftigen Elemente, die in der Regierung des Reichskanzlers Marx und des Außenministers Stresemann gut vertreten seien, und die Vermeidung jeder weiteren Herausforderung der extremsten nationalistischen Gruppen, die die aggressive Tradition des Vorkriegsdeutschlands wieder zur Geltung bringen möchten. Ihr Värm brauche nicht einmal sehr ernst genommen zu werden. Die Intrigen, Pläne und Vorbereitungen, die unter dem Deckmantel dieses Värms vor sich gingen, hätten vielleicht eine bestimmtere Bedeutung, würden aber keinerlei Macht gewinnen, wenn die Volksabstimmung in Deutschland von der Erregung und dauernden Erinnerung an durchkreuzte Hoffnungen befreit werde. Die Militärs hätten jetzt eine Gelegenheit, durch eine kluge, klare und feste Politik Deutschland auf einen vernünftigeren Weg zur Durchführung des Sachverständigenplanes zu dringen. Es sei zu hoffen, daß MacDonald und Herriot sich endlich einmal über die Methoden verständigen könnten.

Kollet über Deutschlands Militärmacht.

London, 20. Juni. (E.P.) Die „Morning Post“ veröffentlicht ein längeres Interview, das Kriegsminister Kollet ihrem Korrespondenten gewährt hat. Kollet erklärte, daß die militärische Macht Deutschlands fortschreitend zunehme. Wenn man die deutsche offizielle militärische Literatur studiere, so komme man zu der Ueberzeugung, daß man darin ausschließlich die Offensivoperationen prüfen könne. Es seien ausführliche Instruktionen an alle militärischen Kommandos erlassen worden, um die Truppen für eine rasche Mobilisation vorzubereiten und Kontrollbureaus seien in allen ausländischen Konsulaten eröffnet worden, um im Falle einer Mobilisation alle im Ausland befindlichen militärischen Deutschen rasch zu erreichen. Die Militärkontrolle sei sozusagen unmöglich, weil die Rekruten nicht mehr an bestimmten Orten einberufen würden. Die Kontrolle der Munitionsfabriken sei ebenfalls unmöglich geworden.

Italiens Krise.

Noch immer Erregung. — Weitere Verhaftungen.

Mailand, 19. Juni. (W.B.) Die Erregung hält an, da heute abend die Blätter die Verhaftung weiterer Parteigrößen in Aussicht stellen. „Mondo“ wendet sich gegen den andauernden Zuzug von Nationalmilitär nach Rom und richtet an den Minister des Innern die Frage, ob er die Verantwortung auf sich nehme. „Giornale d'Italia“ schildert die politische Lage und ermahnt die Faschisten, nicht durch Drohungen in der Presse aufzuheben und nicht den, der anderer Meinung sei, als Vaterlandsverräter zu brandmarken. Dies Verhalten habe den Faschisten mehr geschadet, als alle Oppositionsparteien zusammenkommen. In einem solchen Augenblick dürfe man nicht den Eindruck erwecken, als wolle man durch eine Gewaltpolitik die Gemüter beruhigen.

Dem Gedanken Matteottis.

Rom, 20. Juni. (E.P.) Der Gewerkschaftsbund hat endgültig beschlossen, sich bei der Gedächtnisfeier für Matteotti am 25. Juni auf eine fünf Minuten lange Arbeitsunterbrechung zu beschränken und von jedem Streik abzusehen. Mussolini wird im Senat am nächsten Dienstag eine Rede halten über die während der jüngsten Ereignisse von der Regierung erhaltene Tätigkeit.

Der aus der faschistischen Partei ausgestretene Abgeordnete Forci hat an den Innenminister die Anfrage gerichtet, ob er davon Kenntnis habe, daß in dem Dorfe Campolo, Provinz Pavia, ein Faschist von einem Unbekannten erschossen wurde, weil er die Ermordung Matteottis öffentlich bedauerte und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedente, um des Mörders habhaft zu werden.

Bluff oder neuer Kurs?

Rom, 20. Juni. (E.P.) Schon die ersten Verfügungen des neuen Innenministers Federzoni lassen eine gründliche Veränderung der bisherigen Taktik des Innenministeriums erkennen. So ist im Monte Citorio die Nachricht mit großer Begeisterung aufgenommen worden, daß in Savona Faschisten verhaftet wurden, weil sie die Zeitungspolizei der Oppositionsblätter am Bahnhof verbrannt hatten. Außerdem erteilte Minister Federzoni keine Bewilligungen für Spielhäuser. Der neue Generaldirektor der Polizei hat die Abhebung aller Beamten verfügt, die sich bei den Fahndungen dieser Tage nachlässig gezeigt haben. Diese Maßnahme machte im ganzen Lande einen sehr guten Eindruck.

Frankreich gegen den Meuchelmord.

Paris, 20. Juni. (W.B.) Die sozialistische Kammerfraktion hat gestern eine Resolution eingebracht, in der um Anlaß des Verschwindens des italienischen Abg. Matteotti der politische Nord mißbilligt und dem italienischen Parlament das Beileid ausgesprochen wird.

Diese Tagesordnung ist am Schlusse der gestrigen Nachmittagsdurchführung durch Handaufheben angenommen worden.

Das Kriegsgericht von Nancy hat den bayerischen Major Balla zum Tode verurteilt, weil er angeblich zwei Bewohner von Aubormont erschossen und einige Häuser dieses Dorfes hat einäschern lassen.

Mondschein mit Musik.

Wertwändig genug, daß die Dampfermondscheinfahrten mit Musik, Klömpchen und ein wenig Klamau seit jeher immer nur auf der Obersee stattfinden, von der Jannowidbrücke ausgehen und nach dem Osten den Weg nehmen, trotzdem doch der Mond entschieden auch im Westen scheint. Es scheint fast so, und betrachtet man die Geschichte näher, muß man auch wirklich zugeben, daß eine Dampferfahrt mit Musik im Mondschein von Wannsee aus entschieden stillwiderig wäre und zu der Stille der feudalen Villen dieser Gegend entschieden nicht passen würde. Nun, die anderen, die an der Jannowidbrücke auf den Dampfer kletterten, sind nicht so fein, und die Orte an der Obersee nehmen es nicht übel, wenn Musik, Lachen, Lärmen, Gesang und Geschrei von dem vorüberfahrenden Dampfer ertönt. Diese Menschen, jung und alt, sind froh, eine Abwechslung zu haben in ihrem knappen, bogen Leben, und je bunter diese Abwechslung ist, um so besser. Ja, man ist hier so bescheiden, daß man die Mondscheinpartie auch mitmacht, wenn der Mond nicht am Himmel steht, trotzdem er nach dem Kalender scheinen müßte. Man hat ja die Musik, und am Anlegeplatz Tanz und Kaffee und Kuchen und die frischen Düfte von den benachbarten Feldern und Wiesen. Man ist in diesen Kreisen auch nicht anspruchsvoll und verlangt nicht Militärmusik mit viel Pauken, Trompeten und Pauken. Ein paar Geigen, Klarinette und Trompete tun es auch, und zum Tanz genügen Geige und Klavier. Man will lustig sein ohne große Aufmachung, man will vergessen, was man in der großen, grauen Stadt an Sorgen und Beschwerden zurückgelassen hat und will nicht daran denken, wieviel Schlimmes und Schweres der nächste Tag wieder bringen wird.

Der nächste Tag, der Tag nach einer solchen Mondscheinpartie, das ist freilich kein ganz angenehmes Kapitel. Spät, sehr spät in der Nacht ist man erst wieder in Berlin, zuhause und im Bett, und am Morgen will das frühe Aufstehen und der Weg zur Arbeit in die Fabrik und Werkstatt nicht recht schmecken. Aber man hat noch Spannkraft trotz alledem, und außerdem, was beissen alle Bedenken und Klagen, man weiß, daß man es nicht so gut hat wie die Feinen und Reichen, die sich nach solchen Vergnügungen erholen und am nächsten Tag bis in den hellen Mittag hinein schlafen können.

Es hat ja immer Leute in Berlin gegeben, die auf diese Volksvergünstigungen neugierig herabgesehen haben in Gebanten an ihre Segel- oder Dampferpartien, die sie auf der Ost- und Nordsee, womöglich auf eigenen Segelbooten, sich leisten können. Nun, die aus der anderen Welt, die sich mit der Dampfermondscheinfahrt auf der Obersee mit Musik bescheiden und begnügen müssen, würden auch gerne mal am Strand der See stehen und dem tollen Tanz der aufgeregten Wellen zusehen. Aber sie sind zufrieden, weil es ihnen nichts heißen würde, unzufrieden zu sein.

Krieg um den Kafen.

Zusammenstöße mit der Polizei im Humboldtthain.

Zu Zusammenstößen zwischen Erholungsuchenden und Polizei kam es gestern abend gegen 10 Uhr im Humboldtthain. Bei der großen Hitze hatten viele Leute ihre dumpfen Wohnungen verlassen und sich auf den Kafen gelagert. Eine Erscheinung, die man in anderen Städten sehr häufig findet. Aber dort scheinen die Leute mehr Bürgerstimm als bei uns zu entwickeln. Die Parkverwaltung stand mit ihrem geringen Wächterpersonal dem Treiben, besonders der jungen Burken und Mädchen, machtlos gegenüber, die sich nicht mit dem Ausruhen begnügten, sondern Blumen und Zweige abrißen und in den Gebüsch umhertobten. Die Parkverwaltung rief nun die Schuttpolizei zur Hilfe herbei. Der vernünftige und ältere Teil der hier Bogenenden räumte sofort freiwillig und begab sich nach Hause. Unter den jüngeren fanden sich sofort Elemente, die sich als „Führer der Volksmasse“ berufen fühlten. Sie organisierten Trupps, die die Schuttpolizei nicht nur mit Unfähigkeit belästigten, sondern sie auch mit Steinen und allen möglichen anderen Gegenständen bombardierten. Die Polizei griff jetzt zu dem Gummistülpel und drängte die Masse ab. Verschiedene Demonstrationen und ebenfalls neue Trupps, die sich im Rücken der Schuttpolizei gebildet hatten und von hier aus einen Angriff versuchten, mußten gesprengt werden. Nach nicht allzu langer Zeit waren alle Versammlungen auseinander getrieben.

Die tägliche Hochbahnstörung.

Defekte Wagen gehören bei der Hochbahn neuerdings wieder zur Tagesordnung. Gestern nachmittags Sperrte der Strecke Friedrichstraße—Halleisches Tor, heute früh Sperrte der Strecke Rottbuscher—Halleisches Tor, weil an der gefährlichen Wasserfontäne einer dieser abgewirtschafteten Wagen aus den Schienen gesprungen war. Die Schuld der Hochbahnstörung ist wirklich bewundernswert — noch bewundernswerter ist allerdings die Würdigkeit der Geschäftsleitung, die diesen Skandal von Wagen weiter und weiter ihre Fahrgäste anvertraut. Es wäre auch dringend erwünscht, daß die Abstempelung unbenutzter Fahrkarten bei solchen Unfällen besser geregelt würde — jetzt ist sie nur mit Lebensgefahr möglich, — und daß Anweisungen über den Weitergebrauch unangenußter Wochenkarten ergingen. Heute wurde man von Pontius zu Pilatus geschickt und bekam die Wochenkarte schließlich doch nicht umgetauscht. Bildet sich die Hochbahn-Gesellschaft wirklich etwas auf ihr Monopol ein?

Wieder Großfeuer in Friedenau.

Nachdem Friedenau drei Tage hintereinander von schweren Bränden heimgesucht wurde, wütete heute abermals ein großes Feuer in Friedenau, Oberwaldstr. 2, wo der Dachstuhl des Hauses in hellen Flammen steht. Die vereinigten Wehren von Wilmersdorf, Schönberg, Charlottenburg, Friedenau und Sieglitz, die auf den Ruf „Großfeuer“ zur Brandstelle eilten, griffen sofort mit vier Schlauchleitungen an und konnten das Feuer auf den Herd beschränken. Nach 1½stündiger angestrengter Arbeit konnte das Feuer gelöscht werden. Die Aufräumarbeiten dürften sich bis in die späten Nachmittagsstunden hinziehen. Die vier Tage ist durchgebrannt und die unieren Wohnungen haben Wasserschaden erlitten. Zwei Personen, ein Dachdeckermeister und eine noch unbekannt Person, sind unter dem Verdacht einer Brandstiftung verhaftet worden. — In der Märkischen Tuchfabrik in Niederlehmannsweide, Berliner Straße 134, brach heute früh ebenfalls Großfeuer aus. Das Feuer, das in der Reiherei entzündet, griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Der sofort alarmierten Feuerwehr gelang es nach mehrstündiger Arbeit den Brand zu löschen. Der Schaden ist erheblich.

Schwarzweißrot im Bankower Bürgerpark.

Ein Leser aus Pantow schreibt uns folgendes: „Zu einer wahren Landplage wuchsen sich allmählich gewisse Erscheinungen in den Kongressgärten aus. So ist es z. B. einem Republikaner nicht mehr möglich, den „Bürgerpark“ in Pantow aufzusuchen, der eine der schönsten Parkanlagen in Berlin ist. Die Kapelle, die unglücklich von dem ehem. „Kgl.“ Obermusikmeister Graf, leitet sich ganz Unablässiges in der Aufführung ihres Programms. Von den üblichen Militärmärschen abgesehen, unter denen der Friedrichs Reg nicht fehlen darf, wird auch — „Heil Dir im Siegerkranz“ und ähnliches unter dem Beifall gewisser Spieler, die ganz unter sich sein möchten, und die vor Vergnügen gröheln und nicht genug von diesem Zeug kriegen können, gespielt. Ja, die Leute haben keinen musikalischen Geschmack. Wenn ein Republikaner darüber unmutig wird, darf er darauf rechnen, hinausgeworfen zu werden und außerdem noch eine anständige Tracht Prügel zu erhalten. Das Auser ist städtisches Eigentum, der „Kgl.“ Kapellmeister bezieht sicherlich von

der Republik seine Pension. Diesem ist diese „Stucht in die Öffentlichkeit“ geeignet, diese Auswüchse zu beseitigen.“

Soweit die Zuschrift. Wir verweisen bei dieser Gelegenheit darauf, daß wir schon oft Veranlassung genommen haben, das Ueberhandnehmen solcher Darbietungen, die auf eine Verhöhnung der Republik hinauslaufen, an den Fränger zu stellen. Die Kreise, die auch während der Inflation genug verdienen konnten, und die sich berufen fühlen, über die „Begehrtheit“ der Arbeiter zu zernern, haben noch stets genug Mittel gehabt, solche Lokale aufzufuchen. Die geschäftstüchtigen Inhaber beilehen sich, dem „Schwund“ dieser zahlungsfähigen Besucher Rechnung zu tragen, und so kommt es zu diesen Skandalen, bei denen völkische Rowdies einen unverkennbaren Terror auf Andersgeminne ausüben, Vorgängen, denen mit der größten Schärfe entgegengetreten werden muß.

Von christlich-unpolitischer Kampfesweise.

Zu den Berliner Elternbeiratswahlen, die wir am 22. Juni (Sonntag) haben, werden die Parteien auch vor den Schulhäusern durch Verteilung ihrer Flugblätter. Hierbei kam es vor dem Schulhaus in der Pallasstraße zu einem Auftritt, der die Kampfesweise der sich christlich-unpolitisch nennenden Reaktion kennzeichnet.

Als in der Mittagsstunde die Kinder des Schulhaus verlassen, wurden Flugblätter für die von der Berliner Schuttpolizei aufgestellte Liste „Schulaufbau“ und für die Liste der Christlich-Unpolitischen verteilt. Ueber den Inhalt des Flugblattes der Christlich-Unpolitischen äußerte eine Lehrerin in sachlichem Gespräch mit der Verteilerin ihr Erstaunen. Da stand z. B., daß hinter der Liste „Schulaufbau“ das öde, seelenlose, seelenlösende System der parteipolitisch beeinflussten weltlichen Schule stehe. Die Lehrerin erklärte die „Seelenlöser“ für Unfug und forderte die Verteilerin auf, sie möge in unsere Versammlungen kommen, unsere Ansichten hören und sie wenn sie es könne, widerlegen. Die Verteilerin antwortete mit der Aufforderung, in eine Versammlung der Christlich-Unpolitischen zu kommen. „Sehr gern täte ich das“, erwiderte die Lehrerin, „wenn nicht schon auf dem Flugblatt stünde, Aussprache findet nicht statt.“ Man müsse doch, fügte sie hinzu, hieran merken, wo die Wahrheit ist, da mir die Aussprache mit Gegnern wünsche, die Gegner aber unsere sachliche Diskussion fürchten. In dieses Gespräch mischte sich zugunsten der Christlich-Unpolitischen unaufgefordert eine Dame, die gleichfalls — wie hinterher festgestellt wurde — Lehrerin ist. Als sie erfuhr, daß ihre fuchelnden Handbewegungen zu unterlassen, schimpfte sie: „Sie sind mir zu dreckig als Jüdin!“ Die Umstehenden — Schulkinder und Mütter — hörten diesen Gefühlsausbruch der christlichen Lehrerin mit an. Zwar ist die Bezeichnung gar nicht Jüdin, aber an der Absicht, sie zu beleidigen, wird dadurch nichts geändert. Man lud die Verteilerin der Christlich-Unpolitischen ein, mit zur nächsten Polizeiwache zu kommen. Unmerklich begehrte sie sich „national“ und nannte Ludenthorff einen „feinen Mann“. Auf der Polizeiwache gab sie ihre Schimpferei zu.

Mit solcher Kampfesweise wollen die Christlich-Unpolitischen werben? Für Leute dieser Art sollen wir bei den Elternbeiratswahlen unsere Stimme abgeben? Mütter und Väter aus dem werktätigen Volk eute Forderungen vertritt die Berliner Schuttpolizei. Ihr stimmt am 22. Juni für die von der Schuttpolizei aufgestellte

Liste Schulaufbau.

Sein eigener Wohltäter.

Auf eigene Rechnung hatte der Waler Wehrens im Jahre 1923 Sammlungen für die Ruhrhilfe und für die notleidenden Ruhrkinder vorgenommen und erhebliche Beträge sowie Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände eingesammelt, aber, wie ihm zur Last gelegt wurde, für eigene Zwecke verwendet. Wehrens hatte sich insoweit vor dem Schöffengericht Schöneberg wegen fortgesetzter Betrügereien zu verantworten. Der Angeklagte war früher beim Vaterländischen Frauenverein tätig gewesen und von diesem dem Roten Kreuz überwiesen worden. Später wurde er dann auf eigene Kasse das Sammelgeschäft betreiben zu können. Mit falschen Ausweisen des Roten Kreuzes, die er mit seinem Bild versehen hatte, wandte der Angeklagte sich an zahlreiche Privatleute und gab vor, daß er im Auftrage des Roten Kreuzes für die Ruhrhilfe Beiträge ein sammeln sollte. Er hatte damit auch ziemlichen Erfolg, denn es sollen ihm erhebliche Zuwendungen zugesprochen sein. Der mit dem Empfang der Ruhrkinder auf den Bahnhöfen betraute Bahnhofskommissar Kabella hatte von dieser eigenmächtigen Tätigkeit des Angeklagten Kenntnis erhalten, ihn gestellt und ihm verboten, weiterhin als Vertrauensmann der Ruhrhilfe aufzutreten. Der Angeklagte hatte sich aber dadurch nicht abhalten lassen, sondern seine Schwindeleien fortgesetzt. Wehrens behauptete vor Gericht, daß er die gesammelten Beiträge reiflich an die Ruhrkinder zur Verteilung gebracht hätte, er gehand nur zu, daß er einmal „einen kleinen Beitrag für sich verwendet“ hätte, als er krank war und ärztliche Hilfe im Anspruch nehmen mußte. Der Verteidiger hielt nicht für erwiesen, daß der Angeklagte außer in dem zugestandenen Falle Unterschlagungen begangen hätte, und hierauf läßt ihn die Angeklagte zustatten. Das Gericht gelangte zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte die gesammelten Beiträge für sich verwendet habe und verurteilte ihn mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seines Verhaltens zu drei Monaten Gefängnis.

Selbstmordversuch des Puffower Doppelmörders.

Der Bauerngutsbesitzer Reinhold Kühne, der zwei Tage vor Pfingsten seine Frau und seine Schwiegermutter ermordet hat und als Unteruchungsgefangener im Krankenhaus zu Weiz liegt, hat Mittwoch vormittag zweimal versucht, durch Erhängen sich das Leben zu nehmen. Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft wird Kühne noch im Laufe des heutigen Tages in ein Potsdamer Krankenhaus übergeführt werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Strassenbahn und Milchwagen. Heute früh stieß ein Strassenbahnwagen in Pantow mit einem Reichauto der Firma Bolke zusammen. Die Plattform des Strassenbahnwagens wurde zertrümmert, wobei mehrere Personen durch Glassplitter leicht verletzt wurden.

Den Ausfall der Berliner „Turn- und Sportwoche“ bildet der große historische Sportfestzug am Sonnabend, den 21. Juni, dem „Tage des Refuta“ pünktlich um 15 Uhr auf dem Rundweg im Zoologischen Garten. Ueber dem Zug werden mehrere Flugzeuge kreuzen. Einer der interessantesten Teile des Zuges dürfte die ostafrikanische Karawane mit zahlreichen Tieren und malschichten Eingeborenen sein. Um 6 Uhr eröffnet Oberbürgermeister Böhm im Bankerisall durch eine Ansprache die Turn- und Sportwoche.

Reichsbanner Schwarz-rot-gold. Kameradschaft Friedrichsbain. Die Zusammenkunft findet nicht am Sonntag, sondern am Montag, abends 7½ Uhr, statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Zunehmende Bewölkung und anhaltende Gewitterniederschlag. Nur bei Gewitter etwas Abkühlung.

Deutschland: Im größten Teile Deutschlands lockere Gewitterniederschlag. Im Osten noch warm.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reichs-Webbing. Die Ordner treffen sich heute abend, 7 Uhr, auf der großen Sternstraße im Humboldtthain.

6. Abt. Bezirksleiter. Heute abend bei 7½ Uhr bestimmt abgehen.

40. Abt. Alle Gewerkschaften und Gewerkschaft treffen sich Sonntag früh 7 Uhr zur Wahl bei Kautner Hagenberger Str. 20a.

94. Abt. Heute abend 7 Uhr Flugblattverteilung.

Gewerkschaftsbewegung

Zum 2. Verbandstag des ZdA.

Der Zentralverband der Angestellten hält seinen bereits im vorigen Jahre fälligen Verbandstag in den Tagen vom 22. bis 24. Juni in Kassel ab. Es sind hierzu 110 Delegierte gewählt, wozu noch die Vertreter des Verbandsvorstandes, des Beirats, des Verbandsausschusses und die Gauleiter kommen. Die Tagesordnung ist rein geschäftlicher Natur; als letzter Punkt ist ein Referat über „Die Sozialpolitik und die Angestellten“ vorgesehen. Von den 242 gestellten Anträgen beziehen sich 195 auf die Veränderung der Verbandsjahre. Ein Antrag fordert die Kollektivmitgliedschaft des Verbandes bei der Internationalen Arbeiterhilfe, ein anderer, bei der Internationale der Privatangestellten auf die Zulassung des russischen Angestelltenverbandes hinzuwirken. Die Kommunisten werden damit kein Glück haben.

Dem Verbandstage liegt der

Geschäftsbericht für das Jahr 1923

vor. „Das Inflationsjahr 1923 ist das fürchterlichste Ereignis in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Der ZdA konnte jedoch seinen Verwaltungsapparat, wenn auch in eingeschränkter Weise aufrechterhalten, da ihn die ausländischen Angestelltenverbände durch Vermittlung des Internationalen Bundes der Privatangestellten finanziell tatkräftig unterstützten.

In dem Bericht wird festgehalten, daß die Gewerkschaftsvertreter bereits im April 1923 die Beendigung des Ruhestreiks gefordert und Ende Juli in einer Aussprache mit dem Reichskabinett ihre genau formulierten Forderungen bezüglich der Steuerpolitik, der Bekämpfung der Staatslasten auf längere Sicht und der Währungsreform durch den Reichsausschuss für die Angestellten vorgetragen. Der die Sozialpolitik betreffende Berichtsschnitt erwähnt zunächst die Änderung des § 87 des Betriebsratsgesetzes, die eine richtige Errichtung des Jahresarbeitsverdienstes ermöglicht, wendet sich gegen eine reichsgerichtliche Entscheidung, durch die der § 86 eine nachteilige Auslegung bezüglich der Wahrung der Fristen erfahren hat, und erinnert an die gesetzliche Regelung der Einrichtung von Arbeitnehmersvertretungen für die Betriebe der See- und der Binnenschifffahrt. Erneut wird die

Vereinheitlichung der Sozialversicherung

betont, und die Durchführung des Reichsversicherungsgegesetzes — trotz der Sabotage der Unternehmer — kurz geschildert. In der Angelegenheit der Krankenversicherung ist es gelungen, eine ausreichende Berücksichtigung der Interessen bei der Bestellung der Beisitzer in den Ausschüssen bei den Versicherungsämtern, den Kammern der Oberversicherungsämter und den Senaten beim Reichsversicherungsamt durchzusetzen. Die wiederholt geforderte Ausschreibung von Neuwahlen zum Verwaltungsrat ist noch nicht erfolgt. Nach einer Verordnung vom 13. Februar 1924 sollen die Wahlen dem Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt übertragen werden. Zur näheren Bezeichnung der Berufsgruppen, die in den Kreis des Ablasses 1 zu § 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes fallen, werden die Ausführungsbestimmungen erwartet. Ein neuparagraphiertes Versicherungsgesetz gemäß Artikel 20 der Novelle vom 10. November 1922 ist angekündigt. Das Wettbewerbsverbot darf ebenfalls noch der Neuregelung. Ueber den Organisationsplan für die öffentliche Angestelltenvermittlung sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Der ZdA ist im Ausschuss der Abteilung für Angestellte und im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung durch je ein Mitglied vertreten.

In Preußen hat der Landtag im vorigen Jahre die weitere Einstellung von 12 Handelsaufsichtsbeamten beschlossen, wovon dem ZdA das Vorschlagsrecht für fünf Beamte eingeräumt wurde. Insgesamt sind jetzt annähernd 50 Handelsaufsichtsbeamte in Deutschland tätig, wovon 19 dem ZdA angehören. Bezüglich der Neuregelung des Schlichtungswesens und der Arbeitsgerichtsbarkeit verweist der Bericht auf die noch wie vor bestehende Gefahr hin, daß

die gesamte Arbeitsgerichtsbarkeit

den ordentlichen Gerichten übertragen wird. Der Ber-

stand, der Beirat und die Gauleiter des Verbandes haben auf ihrer Konferenz im Februar 1924 drei Entschlüsse gefaßt für die Fortführung der Sozialpolitik, gegen die Beseitigung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und für den Ausbau der staatlichen Handels-

Arbeit und Jugendarbeit hatten durch die Inflation natürlich ebenfalls zu leiden. Der ZdA ist dem Ausschuss der deutschen Jugendverbände und dem Verband für deutsche Jugendherbergen korporativ angeschlossen. Neben dem Verbandsorgan „Der freie Angestellte“ gibt der ZdA noch neun Zeitchriften für die größeren Fachgruppen heraus, die alle 14 Tage erscheinen; außerdem die Jugendblätter. Die Rechtsabteilung des Verbandes erstrebt sich einer lebhaften Transparenz; sie hatte 5834 neue Fälle im letzten Jahre zu bearbeiten.

Der Bericht schildert dann die gewerkschaftliche Arbeit im allgemeinen und die der Fachgruppen des ZdA im besonderen. Es wurden 12 Angriffs- und ein Abwehrstreik geführt, wovon 10 Streiks erfolgreich, zwei erfolglos waren, während es in einem Falle zu einem Teilerfolg kam. Es streikten 6168 männliche und 4945 weibliche, zusammen 11113 Mitglieder in 560 Betrieben. Die Gesamtdauer dieser Streiks betrug 87 Tage. Der Widerstand der Unternehmer gegen Tarifverträge machte sich besonders bemerkbar. Der Kampf der Angestellten Deutscher Seefahrtsvereine gegen die Norddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallarbeiter um den am 31. März 1922 abgeschlossenen Reichsstarif ist noch nicht beendet. In Elbing geht ein ähnlicher Kampf um den Tarifvertragsgedanken bereits seit November 1920. Ende 1913 schloß der ZdA 687 Tarifverträge, wovon 335, d. i. 48,7 Proz., für allgemein verbindlich erklärt wurden.

Der ZdA besteht aus

833 Ortsgruppen.

Kleine Ortsgruppen sind zu Bezirksgruppen zusammengefaßt. Die Bezirke werden durch je einen vom Hauptverband angestellten Bezirksbeamten bearbeitet. Die Orts- und Bezirksgruppen sind weiterhin in Gauen eingeteilt, deren jeder von einem Gaubeamten unter Führung von vier ehrenamtlichen Funktionären geleitet wird. Insgesamt bestehen 38 Bezirksgruppen und 19 Gauen. In den Bezirksgruppen wurden 38 Bezirksleiter und 11 Hilfskräfte, in den Gauen 19 Gauleiter, 4 Sekretäre und 15 Hilfskräfte beschäftigt. Zwei Revisoren haben die Reffen der Ortsgruppen zu prüfen und den organisatorischen Aufbau der Ortsgruppen zu überwachen. In der Hauptgeschäftsstelle sind 11 Vorstandsmitglieder beschäftigt, 9 Sekretäre, 15 Fachsekretäre mit 4 Hilfssekretären, 12 Stenotypistinnen und 49 Angestellte in der Verwaltung. Auch der ZdA hat einen an sich nicht unbeträchtlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gehabt, der jedoch relativ nicht besonders ins Gewicht fällt. Der Mitgliederbeitrag schwankte zwischen 250 Mark im Januar und 50 Milliarden Mark im November. Der Höchstbeitrag kam von 1250 M. bis auf 120 Millionen im Oktober, worauf er 2 Proz. vom Einkommen betrug. Unterhaltungen wurde Stellensuchen in 6587 Fällen, an Kranken in 3817 Fällen, Hinterbliebenen in 480 Fällen und Gemahrgeldern in 6 Fällen bewilligt. Der ZdA unterhält eine Krankenkasse (Erfahrkasse, die bei dem Anschluß der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten Ende 1922 übernommen und dann weiter ausgebaut wurde) mit 8500 Mitgliedern in 106 Verwaltungsstellen, und eine Pensionskasse mit 1647 Mitgliedern und 6079 Anteilen, die zurzeit 66 Invaliden, 93 Witwen und 16 Waisen zu unterstützen hat. Der Bericht gibt von der lebhaften und umfassenden Tätigkeit des ZdA ein anschauliches Bild.

Streikstrategie.

In allen Gewerkschaftsversammlungen entwickeln die kommunistischen Fraktionsredner das gewerkschaftliche Programm der RPD. In den Reden werden stets die Grundzüge, nach denen die Gewerkschaften ihre Arbeitskämpfe führen, in Grund und Boden verdorrt und die kommunistische Gewerkschaftstheorie als die Heilsbringerin empfohlen. Wie aber in Wirklichkeit gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden müssen, erfährt man aus folgenden Zeilen:

Die Strategie bei einem Streik wird durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, sowohl im Lager des Proletariats wie der Kapitalisten. Auch außerhalb der beiden Lager gibt es Faktoren,

die unter Umständen von großer Bedeutung sind und deshalb berücksichtigt werden müssen. Welche Faktoren sind vor der Proklamierung des Streiks bzw. bereits bei Auslösung der Forderungen zu berücksichtigen? — Auf Seiten der Arbeiterchaft gilt es in erster Linie, die materielle und moralische Kampfkraft der beteiligten Arbeiter zu prüfen. Dabei ist das Organisationsverhältnis zu berücksichtigen, nicht nur im Hinblick auf die Zahl der Organisierten und Unorganisierten, sondern auch das Vorhandensein unternehmerfreundlicher Organisationen, ausgeprägter Streikorganisationen („Leno“ usw.), die Barmittel, über die die Kampfbeteiligten verfügen und die Hilfsquellen, die durch Sammlungen unter der Arbeiterchaft erschlossen werden können. — Im Unternehmerrlager muß die allgemeine Konjunktur, die Dringlichkeit der Aufträge, das Organisationsverhältnis der Unternehmer und ihre finanzielle Leistung untersucht werden. — In vielen Streiks ist auch das Studium der sogenannten öffentlichen Meinung und der gesamten politischen Verhältnisse von großer Wichtigkeit.

Wenn es sich darum handelt, in einer ganzen Anzahl von Betrieben die gleichen Forderungen durchzusetzen, das Organisationsverhältnis und die Kampfkraft der Arbeiter aber ungleich ist, dann empfiehlt es sich zunächst, den Kampf nur in den Betrieben aufzunehmen, wo die Bedingungen für die Arbeiter günstig sind. Die Frage, ob bei einem Streik, der sich über einen ganzen Industriezweig erstreckt, z. B. im Baugewerbe oder bei den Buchdruckern, die Arbeit dort, wo die Forderungen bewilligt werden, aufgenommen werden sollen, oder ob der Streik allgemein weitergeführt wird, bis alle Unternehmer bewilligen, läßt sich nicht generell entscheiden. Es kommt nur darauf an, in jedem konkreten Fall vor einer Entscheidung die in Betracht kommenden Umstände sorgfältig zu prüfen. In dieser Beziehung wird noch viel geleistet. Besonders die Kommunisten, die bei Lohnbewegungen eine führende Rolle spielen, müssen sich darüber klar sein, daß die reaktionäre Strategie sich nicht einfach dadurch erschöpft, daß man stets das Gegenteil von dem tut, was ein reformistischer Bonze vorschlägt. Aber wir müssen stets nüchtern die Lage prüfen und das Gute nehmen, wo wir es finden.

Die vorstehenden Richtlinien sind für jeden Gewerkschaftsfunktionär selbstverständlich. Wir hätten nicht nötig gehabt, sie abzufragen, wenn sie nicht im „Kommunistischen Gewerkschaftler“ vom 7. Juni, einer Beilage für eine Anzahl kommunistischer Parteiblätter, gestanden hätten. Unsere Genossen werden gut tun, wenn die Sendlinge der RPD, wieder von „Verbreiterung der Kampfbasis“, der Proklamierung des „revolutionären Generalstreiks“ usw. fabulieren, ihnen diese Ausführungen unter die Nase zu halten.

Von der „Opposition“ beschlagnahmte Sammelgelder.

Zwidau, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistisch-unionistische „Zentralampfung“ in Lugau-Deitsch, die behauptet hatte, daß die bisher gesammelten Unterstützungsgelder in Höhe von 15000 Goldmark von der Polizei beschlagnahmt worden seien, hat jetzt zugeben müssen, daß die Angabe un wahrheit beruht. Die „Zentralampfung“ wollte das Geld nicht unterchiedslos, sondern nur an „Oppositionelle“ verteilen lassen.

Achtung, Zimmerer! Um Vertümler zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß der Kampf der Berliner Zimmerer gegen die Verlängerung der Arbeitszeit noch nicht abgeschlossen ist. Infolgedessen sind noch mehrere Hundert Kameraden arbeitslos. Es ist deshalb Pflicht der Kameraden von auswärts, Zugang nach Berlin fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter im Reich eruchen wir um Nachdruck. Zentralverband der Zimmerer, Johannisstr. Berlin u. Umg.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Ebert; Freiwirtschaft: Dr. John Schifff; Soziales und Sonstiges: Fritz Barthel; Anzeigen: H. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Portag

Charlottenburg
Wilhelmsdorferstr. 121 Ecke Soethestr.

beim Einkauf von Mk. 1,50 eine Blusenschleife

10 Kunden-Werbebelege: Gebe gratis

Damenstrümpfe	feinste Qualität, Doppelsohle, Hochleiste, in allen Modelfarben	95 Pf.	Taghemd od. Beinkleid	in Schw. Opalbatist, mit elegant. Einsatz und Spitze garniert	3 25	Herrensocken	feinste Qualität, einfarb., gestreift, elegante Jacquard-Muster	1,45 95 Pf. 58 Pf.
R.-Seid. Damenstrümpfe	kräftigste, feinste Qualität, Fiorsohle u. Rand, schönes Farbensortiment	1 85	Prinzessunterrock	in Schw. Opalbatist, neuester Schnitt, mit elegant. Spitzen reich garniert	5 60	Herrenuntergarnitur	gute, feinste Qualität, farbig, in schönen Farben	5 80

Bekanntmachung

Um mein Riesen-Stofflager ein wenig zu räumen, gewähre ich meinen Kunden

als Preisabbau 10% Rabatt

Überbringer dieses Inserats erhält

15% Rabatt

Zephyr	einfarbig und große Streifen	1 20	Voll-Volle	weiß, ca. 115 breit	2 40	Bwl. Musseline	gr. Ausw. Mtr. 1,35, 1,15	95 Pf.
Waschcrepe	in allen Farben	1 40	Voll-Volle	alle Farben, ca. 115 breit	2 95	Woll-Musseline	große Auswähl	3 40
Crepe-Frotte	große Streifen	1 70	Frotte	weiß, 100 breit	2 30	Frotte	100 breit, schöne Streifen	2 95
Popeline	reine Wolle, gute Qualität, alle Farben	6 60	Twill	reine Wolle, gute Qualität, alle Farben, Mtr.	7 30	Rips	reine Wolle, gute Qualität, alle Farben, Mtr.	9 80

Crepe Maroquin moderne Streifen, 100 cm breit Meter **3 80**

Reichhaltiges Lager in Herrenstoffen, Wäschestoffen, Leinen- und Baumwollwaren

Hans Prange

Berlin SO. 36, Wiener Straße 15, am Görlitzer Bahnhof
Hochbahnstation Oranienstraße, Straßenbahnlinien 4, 9, 31, 44, 49, 63, 93, 191

Hosen-Anders
Bausstraße 25

Ruhebetten 20 m.
Klubgarnit. 170 m.
Chaiselong.-12 m.
Neukölln, Anzengruberstr. 2

Altes Spezialgeschäft in
Kamelhaut-Schiff-Heide-Decken
Strümpfen
Trikotagen
Trieles
billigst. Zogeppt.
Gebrüder
Pflaum
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
Ed. Zimmerstr.

Volkskleidung!

Kosen

für Sport, Beruf und Straße.
Mandchester-Waagen.
Coben- und Gummimäntel.
Anzüge für Herren u. Anaben.
Hemden & Caden & Unterhosen.
Nur gute, solide Ware, billige Preise.

Berufskleidung!

Gerhard Kohnen
Neukölln
Hermannstr. 75-77.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung

gestattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 3 G.-M. an. Zahnz. mit Beizub. 1 G.-M. b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
Vorzehrer 10% Rabatt.

Futter-
stoffe, Foulardine, Vorrat 2,90 M.
Damast, Halbseiden elegant. Dessins bedeut. unt. Preis.
Haarpuder
Schöberg, Götzstr. 7
a.d. Grunewaldstr.

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kundentreu.
Holzhausbau Litzmann
5, 54, Lützowstraße 51/52
Hedem 9320/21

Spezial-
Anstalt für
Ischias
in Hütten, Cassel u. Bielefeld, 15. 7. Jan., Invalidenstr. 106.
9-11, 1-4
Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Jacoby.

Quittungs-Marken
lat. 48 Jahren Spezialist
Conrad Müller,
Schkeuditz-Lelpzig.

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Ed. Zimmerstr.

Strumpfwaren - Trikotagen
la. Qualitätsware, große Auswahl zu billigsten Preisen, kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 220
a. d. Weichselstraße.
Vorzehrer dieses Inserats 8% Rabatt.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Ausgabe billiger! des Vorwärts und trotzdem

Gebrüder Pflaum
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
Ed. Zimmerstr.

Läuferstoffe • Teppiche

in Velour, Bouclé, Kokos - Diwan-Decken

Linoleum

als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche in großer Auswahl

Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen

Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten

G. Bargende, Charlottenburg

Windscheidstr. 11 (Ecke Postallee) Wilmersdorfer Str. 79 (Nähe Kurfürstendamm)
Fernsprecher: Wilhelm 2750 Fernsprecher: Steinplatz 4194